

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Verkaufsstelle:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 **Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig **Telefon** 72208. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 72208

Anzeigenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg., Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachlab. Reklameseite 2 M., Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorschrift 50 Pfg., Reklameseite 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Die Reichswehr im Wehrprogramm

Zur Diskussion des Wehrprogramms*
Von Fritz Bieligt.

Dem Heere Deutschlands ist seine Verfassung und seine Stärke nach oben im Friedensvertrag von Versailles vorgeschrieben. Als die Militärs der gegen Deutschland alliierten gewesenen Staaten diese Bestimmungen formulierten, glaubten sie, Deutschland völlig entwaffnet und auf unabsehbare Zeit außerstand gesetzt zu haben, die militärischen Waffen in den politischen Auseinandersetzungen gebrauchen zu können. Aber die technische Entwicklung der Waffen und der Kriegführung haben diesen Glauben zerstört. Wenn je einmal die Formel der Wahrheit entprochen haben sollte, daß Deutschland militärisch völlig abgerüstet sei, heute spricht sie die Wahrheit bestimmt nicht mehr aus. Nicht, was die Militäristen anderer Länder über die deutschen Rüstungen sagen, soll zum Beweis dafür angezogen werden, es genügt, sich auf die Auslassungen deutscher militärischer Sachverständiger zu berufen. Rein Geringerer als der frühere Chef des Generalstabes, der Generaloberst v. Seekt, hat — neben anderen — in mehreren Artikeln dargelegt, wie falsch die Auffassung ist, daß die Reichswehr kein für den Krieg taugliches Heer darstelle. Gerade was die Verfassung der Reichswehr betrifft, so spricht er angesichts der ungeheuren Entwicklung im Kriegswesen die Ansicht aus, daß sie geradezu die Heeresverfassung sei, die für künftige Kriege benötigt werde. Die Reichswehr ist ein Heer von hunderttausend Berufssoldaten, die jahrelang an den neuesten, kompliziertesten Kriegsmaschinen ausgebildet und geschult werden. Diese Berufssoldaten sind im Falle des Krieges die Lehrer und Führer der Millionenarmee, die dann aus der ganzen „wehrhaften“ Bevölkerung gebildet werden soll. So besitzt Deutschland heute ein Heer von militärischen Führern, dessen Wert viel größer ist als der einer Armee, in der die Soldaten nur einige Monate dienen und darum die Kriegsmaschinen nicht gründlich genug studieren können. Die Bourgeoisie würde wohl ihrer Reichswehr kaum alljährlich Hunderte von Millionen Mark bewilligen, wenn sie nicht wüßte, daß sie ein brauchbares Instrument ihrer innen- und im gegebenen Augenblick auch außenpolitischen Pläne ist.

Da jede sozialdemokratische Partei den Kampf um die Abrüstung im eigenen Lande führen muß, so geht es für die Sozialdemokratie in Deutschland nicht an, die Reichswehr von diesem Kampf auszunehmen. Die grundsätzliche Ablehnung des Militarismus im kapitalistischen Staat muß der Ausgangspunkt sein, von dem aus der Kampf für die Beseitigung dieser Reichswehr geführt wird. Es gibt für die Sozialdemokratie keinen Grund, der sie verpflichten könnte, für die Erhaltung des militärischen Apparates in dem von der Bourgeoisie beherrschten Staat einzutreten. Daß in einem anderen Lande der Militarismus noch stärker ist, daß etwa in Frankreich oder in England oder anderswo der Einfluß der Sozialisten das Aufzurichten noch nicht verhindern kann, darf die Sozialdemokratie nicht bestimmen, in ihrem Lande den Militarismus zu pflegen oder gar für Rüstungen Mittel zu bewilligen. Gelegentlich ist die Notwendigkeit der Reichswehr von ihren Verteidigern damit begründet worden, daß Deutschland seine Neutralität verteidigen müsse. Gleichviel gegen wen — auf diesen Boden kann sich die Sozialdemokratie nicht stellen. Denn wer zur Verteidigung der Neutralität eine Armee auch nur im beschränkten Umfange für unentbehrlich hält, der muß dieser Armee dann nicht nur die Mittel für die Ausrüstung bewilligen, sondern er muß für sie jährlich neue Mittel bereitstellen, um diese Ausrüstung dem jeweiligen Stand der technischen Entwicklung anzupassen. Denn in den andern Ländern werden die Armeen laufend mit den neuesten Waffen versehen. Das neue Wehrtrüsten, das sich vor unseren Augen vollzieht, ist ja eigentlich nichts anderes als ein Wettlauf mit der Technik. Soll die Reichswehr die Neutralität auch wirklich verteidigen können, dann muß die deutsche Republik diesen ununterbrochenen Wettlauf mitmachen. Die Sozialdemokratie müßte dann die Mittel für alle Rüstungsvorlagen bewilligen, die zur Aufrüstung zum angeblichen Zwecke der Neutralitätsverteidigung vorgelegt werden. Ob das, solange der Vertrag von Versailles Gültigkeit hat, genügt, um die Reichswehr stark genug zur Verteidigung der Neutralität zu machen, die der Völkerbund nicht verteidigen konnte oder nicht verteidigen wollte, das ist eine andere Frage. Sicher scheint mir nur, daß, wenn ein solcher Fall Wirklichkeit wird, die Arbeiterklasse wieder, wie in jedem Kriege, ihre Haut nicht für eine „Neutralität“, wohl aber für die Interessen des Kapitalismus zu Markte tragen wird.

Darum muß die Sozialdemokratie dem kapitalistischen Staat jedes Militär verweigern. Auch in Deutschland. Denn für die Reichswehr gilt, ebenso wie für andere Heere, daß sie innen- und außenpolitisch das Instrument der den Staat beherrschenden Klasse ist. Selbst wenn die Bestrebungen nach „Republikanisierung“ einen Erfolg haben sollten, wird die Reichswehr doch immer von der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse geb. ausf. werden können, wenn diese es für nötig

Fruchtlose Drohungen

Einmütig gegen den Panzerkreuzer

Beitrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Berlin, 14. November.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß heute abend nach ganz kurzer Aussprache, gegen 5 Stimmen, daß auch der Reichstagsantrag für den Panzerkreuzerantrag der Sozialdemokratie stimmen solle.

Das war nach den Vorgängen der letzten Tage durchaus keine Selbstverständlichkeit. Nicht, daß Hermann Müller irgendwelche Reue hatte, von der Stellung der grundsätzlichen Ablehnung des Panzerkreuzers abzuweichen, aber die bürgerlichen Parteien, insbesondere das Zentrum, suchten den Kanzler als Deckung zu benutzen. In der Stegerwald-Fraktion geht es drüber und drunter. Die gegenwärtige Lage ist ihr auf das äußerste un bequem, und Herr Brüner hat im Bunde mit Hindenburg das Chaos nicht verringert. Beide wollen den Panzerkreuzer. Das Zentrum hat sich bereits im letzten Reichstage für den Bau entschieden. Dann kam die Entscheidung vom 10. August, wobei, wie Genosse Müller noch jetzt erklärt, die sozialdemokratischen Minister mit dem Gesamtkabinett aus subgetärlchen Gründen für die erste Rate stimmten. Nun steht die Entscheidung über den sozialdemokratischen Antrag bevor, der den Bau des Panzerkreuzers verhindern will, und das Zentrum steht eingeklemmt zwischen Hindenburg und seinen Wählern, bedrängt durch die Entscheidung vom März, als es sich durch den Bürgerstolz für die Zustimmung zum Panzerkreuzer bestimmen ließ.

So liegt die Situation für die Zentrumspartei. Gefährdende Klippen an allen Seiten. Darum verteil man auf den genialen Gedanken, wenn schon nicht alle sozialdemokratischen Minister, so doch den Kanzler als Rückendeckung zu gewinnen. Das war das Ziel all der Treibereien in den letzten Tagen, in denen auch Hindenburg eine gewichtige Rolle zugefallen war. Der Reichspräsident hat sie gern gespielt, denn der Panzerkreuzer wäre ein, wenn auch matter Erfolg für die einst so schimmernde Wehr, die der Stolz seines Lebens gewesen ist. Diese Pläne hat die sozialdemokratische Fraktion kurz entschlossen durchkreuzt. Sie beschloß gegen eine verschwindende Minderheit, daß der Kanzler in der politisch wichtigsten Abstimmung der letzten Zeit geschlossen mit der Fraktion zu votieren habe. Eine erfreuliche Geschlossenheit, die in der gesamten Arbeiterklasse auf das lebhafteste begrüßt werden dürfte.

hält. Darum wird sie auf deren Erhaltung den größten Wert legen. Die Sozialdemokratie muß also, obwohl sie für die völlige Beseitigung des Militarismus wirkt, doch zu der bestehenden Reichswehr Stellung nehmen. Da muß nun ihre parlamentarische Tätigkeit darauf abzielen, Strömungen gegen allzu hohe Militärausgaben, die in der einen oder anderen bürgerlichen Partei gelegentlich vorhanden sind, auszunutzen, um eine stetige Herabminderung des Etats für Heer und Flotte zu erreichen. Und wieder unter Wahrung ihres grundsätzlichen Standpunktes muß sie durch Reformen versuchen, an die Soldaten heranzukommen, sie in ihre Aufklärungs- und Agitationsarbeit einbeziehen und den militärischen Apparat für die Aufgaben, die ihm die herrschenden Klassen zuweisen, unbrauchbar zu machen versuchen. Wie die Arbeiterklasse die politische Demokratie benötigt, um desto wirksamer für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft zu kämpfen, so kann die „Demokratisierung“ der Reichswehr nur den Sinn haben, mit ihrer Hilfe dieses Machtinstrument der Bourgeoisie zu zerschlagen. Nur so können die Forderungen nach der Gewährung aller staatsbürgerlichen Freiheiten und Rechte für die Heeresangehörigen verstanden werden. Nur so die Bemühungen, den Heeresersatz zu reorganisieren und den Soldaten Demokratie und dem Parlament Kontrolle über das Heer zu gewähren. Aber diese Reformen dürfen nicht erlaubt werden durch Bewilligung von Rüstungsausgaben. Lehnt die Sozialdemokratie „Volksrechte für Kanonen“ ab, so nicht minder Heeresdemokratie für Panzerkreuzer.

Für den parlamentarischen Kampf der Sozialdemokratie gegen den Militarismus bleibt noch eine Reihe Forderungen übrig. Wohl kaum in einem anderen Lande hat der Militarismus in der Justiz die Triumphe gefeiert, die wir alle in den letzten Jahren in Deutschland erlebt haben. Die Justiz hatte sich völlig in den Dienst der Militärs und ihrer Pläne gestellt und dem, der es wagte, gegen die geheimen Rüstungen vorzugehen und das hochverräterische Treiben aufzudecken, den packte sie und warf ihn ins Zuchthaus. Inwieweit gesetzliche Sicherungen gegen diesen Militarismus in einem von der Bourgeoisie beherrschten Staate möglich sind, soll jetzt nicht näher unterfucht werden. Aber daß die Sozialdemokratie den Kampf dagegen führen muß, das ist unbestritten. Seit die deutsche Bourgeoisie von den Großmächten wieder als

Was wird die Folge dieser Entscheidung sein? Regierungstrübe? Mit einiger Wahrscheinlichkeit. Trotzdem hat die Fraktion einig und geschlossen ihren Beschluß gefaßt. Möge kommen was da kommen will. So oder so. Die Sozialdemokratie ist in der glänzendsten Situation, und die Gesichter der Kommunisten werden lang und länger, denn ihre Felle sind davon geschwommen.

Dabei hat die Fraktion die möglichen Folgen ihrer Entscheidung eingehend in Erwägung gezogen. Regierungstrübe? Was tut's? Eine Gefahr höchstens für die, die unbedingt dabei sein wollen. Wer bildet dann das kommende Kabinett? Hugenberg und Stresemann? Ein Kabinett der Minderheit? Auch das hat in nicht wenigen Fällen die Sozialdemokratie in der Hand. Nicht anders ein Beamtenkabinett, das ebenfalls erwogen wurde. Und wenn so die übliche Weihnachtstrübe eintreten würde, jeder Sozialdemokrat, der später etwa in ein Kabinett eintreten würde, hat gegen den Panzerkreuzer gestimmt. Die sozialdemokratische Partei hat sich nicht blaffen lassen und das war die Absicht der Rülkenschieber, die während der letzten Tage in Aktion getreten sind.

Die Parteien des Bürgertums drohen mit der Neuwahl des Parlaments, dieselben Parteien, die erst vor wenigen Wochen vor lauter Angst die preußischen Gemeindevahlen verschoben haben.

Und eine Präsidentenkrise? Das wäre die willkommenste Gelegenheit; aber Hindenburg denkt anscheinend nicht daran, wenngleich er sich auch mit dem Wehrminister solidarisiert. Nach den authentischsten Quellen aber hat die interessierte Presse des Bürgertums Herrn Hindenburg Entschlüsse unterschoben, an die er nach Lage der Sache gar nicht denkt.

Leider aber ist mit dem Beschluß der Fraktion allein der Antrag noch nicht angenommen. Selbst mit den Kommunisten zusammen verfügt sie nicht über die Mehrheit im Parlament. Dazu fehlen noch etwa 35 Stimmen, die aus dem Lager des Bürgertums kommen müßten. Die Demokraten verfügen über 25 Mann. Sie sind wie Wachs, ärmlischer und ängstlicher denn je. Jetzt heißt es auch für diese Heilsseelen, endlich eine Entscheidung zu treffen, und vielleicht hat der Beschluß der Sozialdemokratie den Rülkenschier ein wenig das Rückgrat gesteiht. Für das Zentrum wird das eine Tragödie werden, nicht weniger wohl für die Wirtschaftspartei. Und ob Herr Hindenburg die Deutschnationalen bei der Stange halten wird, ist reichlich ungewiß, obwohl mancherlei Vorzeichen darauf schließen lassen. Einen kommunistischen Mißtrauensantrag haben sie heute bereits abgelehnt.

gleichberechtigt anerkannt ist und in der Westpolitik ihre Interessen nicht nur anmeldet, sondern sie auch mit allen Mitteln zu vertreten sich anschickt, ist die Bedeutung der geheimen Rüstungen etwas zurückgetreten. Es wird jetzt in Deutschland die sogenannte „Ausschöpfungstheorie“ verwirklicht. Alles, was der Friedensvertrag an Rüstungen zuläßt, wird ausgeschöpft und damit werden die Ansätze für neue und größere Rüstungen geschaffen. Nicht mit Unrecht hofft die Bourgeoisie, daß die militärischen Bestimmungen des Vertrages wahrscheinlich die ersten sein werden, die zugunsten Deutschlands revidiert werden. Die Sozialdemokratie muß sich nicht nur gegen die Ausschöpfungstheorie wenden, sondern sie muß auch dafür eintreten, daß jede illegale Unterfützung der Reichswehr aufhört. Der Lohmann-Standa! sprach Wände, und es wird kaum einen ernsthaften Menschen in Deutschland geben, dem man glaubhaft erzählen kann, daß es ähnliche Dinge jetzt im Reich des Wehrministers nicht mehr gibt.

Und noch eines kommt hinzu. Wie von der Justiz, so hat der Militarismus auch von der Industrie Besitz ergriffen. Es ist eine Tatsache, daß zwischen den Zweigen der Industrie, die im Kriegsfall entscheidende Bedeutung erlangen, also der Schwerindustrie, der chemischen Industrie und des Flugzeugbaues gewisse Verbindungen und wohl auch Abmachungen mit höheren Stellen der Reichswehr bestehen. Daß sie sich in einer bestimmten Situation für Deutschland, oder besser für seine Arbeiterklasse, außerordentlich gefährlich auswirken können, darauf soll nur hingewiesen werden. Diese Verbindungen und Abmachungen bloßzulegen und sie zu beseitigen, gehört ebenfalls zu den Aufgaben des Kampfes für die Abrüstung.

Weit hinausgehend über die im Heidelberger Programm geforderte „Umgestaltung der Reichswehr in ein Instrument der Republik“, muß das Ziel der sozialdemokratischen Partei im militärpolitischen Kampf sein — in Uebereinstimmung mit der in der Brüsseler Abrüstungsresolution verlangten völligen Abrüstung — die Beseitigung jedes Militarismus im kapitalistischen Staate, also auch die Beseitigung der Reichswehr und der Reichsmarine. Indem sie ihre Militärpolitik dieser Aufgabe unterstellt, wirkt sie für Abrüstung und Frieden, zerschlägt sie ein Machtinstrument der Bourgeoisie.

* Siehe Leipziger Volkszeitung Nr. 264.